



Newsletter vom 2. 6. 2024

Inhalt

Welche Schule für unsere Jugend?.....	2
31. Mai 2024, Marianne Wüthrich	2
Von der dialektischen Aufgabe der Hand.....	4
Journal 21, 25. Mai 2024, Carl Bossard	4
Wissen statt Angst - wie ein Gymi KI einsetzt.....	7
Tages-Anzeiger, 22. Mai 2024, Kultur, Gesellschaft & Wissen, Coralia Schick.....	7
Eine unheilige Allianz, die Bildung verhindert – 7 Thesen.....	8
Condorcet Bildungsperspektiven, 23. Mai 2024, Jochen Krautz	8
Uni-Professoren an die Schulen	10
Condorcet Bildungsperspektiven, 23. Mai 2024, Klaus Zierer	10
Ist mehr Wettbewerb im Bildungswesen nötig?	11
NZZ, 21. Mai 2024, PRO Global, Peter A. Fischer	11
Die integrative Schulung ist gescheitert... was nun?	15
Das Limmattal Nr. 5, 14. Mai 2024, Gregor Biffiger.....	15
Förderklassen-Initiative: Die bestmögliche Bildung für jedes Kind!.....	16
Das Limmattal, 14. Mai 2024, Marianne Wüthrich.....	16
Gender-Theorie aus den Schulen verbannt.....	17
NZZ, 17. Mai 2024, International, Niklaus Nuspliger, London	17
Veranstaltungshinweis	18
Mädchen und Knaben – von Natur aus anders? Was sagt die Entwicklungspädiatrie und Genderforschung dazu?.....	18
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 12. Juni 2024.....	18



Welche Schule für unsere Jugend?

31. Mai 2024, Marianne Wüthrich

Zu diesem Thema hatte ich kürzlich das Vergnügen, das Referat eines geeichten Pädagogen zu hören. Er konzentrierte sich ganz und gar darauf, welche Schule und vor allem was für Lehrer unsere Kinder benötigen, damit sie sich mit Freude und Mut dem Lernen zuwenden und zu rundum gebildeten Menschen werden können.

Die pädagogisch-psychologische Grundfrage der Beziehung zwischen dem Lehrer und seinen Schülern muss der Massstab sein für die Beurteilung jeder Lerntheorie und jedes Lehrplans. Schauen wir uns die vorliegende Textsammlung einmal daraufhin an.

«Junge Menschen brauchen ein Gegenüber, um das Denken zu lernen»

Der Autor des ersten Artikels setzt die Messlatte hoch – recht so! «Halt geben und gleichzeitig Freiheit ermöglichen», so beschreibt Carl Bossard die anspruchsvolle Aufgabe des Lehrers. Und: «Junge Menschen brauchen ein Gegenüber, um das Denken zu lernen». Das ist implizit auch eine Stellungnahme zum Sololaut in der digitalisierten Lernnische: Das iPad, die Lernsoftware sind kein Gegenüber, an dem Kinder und Jugendliche wachsen und denken lernen können, sondern nur ein Hilfsmittel mit einigem praktischen Nutzen, aber beschränkter Lernwirkung.

Besonders deutlich wird diese Tatsache am Riesentheater, das zurzeit um die sogenannte Künstliche Intelligenz (KI) veranstaltet wird («Wissen statt Angst – wie ein Gymi KI einsetzt»). Tatsächlich bleibt der Computer nach wie vor lediglich ein Produkt des Menschen, der ihn programmiert hat, und ein Werkzeug für die Anwender. Die Begeisterung von Rektor Tobias Weber über den möglichen Einsatz von KI in seinem Gymnasium ist deshalb kaum nachvollziehbar. Selbstverständlich werden die Schüler «dümmer» (oder freundlicher ausgedrückt: sie lernen nichts), wenn sie sich den Lösungsweg zu ihrer Mathe-Aufgabe vorkauen lassen. Wirklich verstanden hat nur, wer die Lernschritte selbst macht, am Anfang unter Anleitung der Lehrerin, dann in eigener Regie.

Geradezu schädlich ist Lernsoftware für die Schüler, wenn ihnen vorgegaukelt wird, sie hätten das Rechenprinzip oder die Satzbauregeln verstanden, ohne den Stoff geistig durchgeknetet zu haben. Völlig absurd ist die Frage, ob man überhaupt noch Fremdsprachen lernen müsse, wenn doch die Sprach-Software die Vokabeln und Verbformen in Sekundenbruchteilen liefert. Ich selbst schätze das Übersetzungsprogramm DeepL sehr, wenn ich einen englischen Zeitungsartikel oder das Votum eines Genfer Parlamentariers ins Deutsche übersetzen will – wie viel Zeit man damit sparen kann! Aber ich habe diese Sprachen in der Schule gründlich gelernt und erkenne meist auch die «Böcke», die das Übersetzungsprogramm schießt. Als Kind dagegen muss man eine Sprache Schritt für Schritt und mit einem sorgfältigen Aufbau des Lernstoffes im Klassenunterricht lernen. Besonders beim Lernen der Zweit- und Drittsprache ist das Risiko gross, dass Anfänger beim Herunterladen einen falschen Begriff oder Satzbaustein erwischen. Ohne dass ihnen jemand erklärt, warum das Wort nicht passt und welches adäquater wäre, ist das Lernergebnis Null.

Schliesslich finden Sie in unserer Textsammlung einen erhellenden Artikel von Jochen Krautz. Er entlarvt aus gesellschaftskritischer Sicht die fragwürdigen pädagogischen Theorien und die ökonomischen Motive, die hinter den bildungsverhindernden Reformprogrammen stehen.

NZZ-Chefökonom muss zugeben: Freie Schulwahl bringt keine bessere Bildung

Interessant ist die Analyse von NZZ-Redaktor Peter A. Fischer. Eigentlich möchte er die Werbetrömmel für mehr Wettbewerb schlagen, um die Bildungsqualität in Europa zu verbessern. In diesem Sinne fordert er am Anfang seines Artikels, in Anlehnung an den neokonservativen Ökonomen Milton Friedman, Bildungsgutscheine und mehr Konkurrenz für die staatlichen Schulen durch Privatschulen. Allerdings klappt Fischers Vorhaben nicht ganz, wie er selbst feststellt.

Erstens, so Fischer, kann der Zusammenhang zwischen dem Wohlstand der Länder und der besseren Bildungsqualität (weil sich wohlhabende Eltern eher eine Privatschule leisten können) nicht



belegt werden. Zum Beispiel sind Polen und Tschechien ärmer als Deutschland, aber ihre Schüler erbringen bessere Schulleistungen. Vielleicht weil das Bildungswesen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks auch mehr als dreissig Jahre nach dessen Auflösung immer noch besser ist? Zweitens ist die Schulbildung in Ländern mit mehr Wettbewerb durch private Schulen (zum Beispiel Schweden) gar nicht besser als in Staaten ohne freie Schulwahl (Schweiz, Deutschland, Österreich).

Obwohl der Autor zugeben muss, dass seine ganze Argumentationslinie nicht gesichert ist, kommt er erstaunlicherweise zum Schluss, die europäischen Länder (auch die Schweiz) wären «gut beraten, den Wettbewerb zwischen privaten und öffentlichen Schulen sowie zwischen den öffentlichen Schulen untereinander zu fördern». «Gut beraten» durch die Bildungskonzerne? Unsere Volksschule hat aber das Wohl der Kinder ins Zentrum zu stellen. Statt sich starkzumachen für den freien Wettbewerb – und damit für noch mehr Chancenungleichheit! –, würden sich unsere Mainstreammedien gescheiter für eine bessere Bildung an der staatlichen Volksschule einsetzen.

Förderklassen als ein Weg zu einer besseren Bildung für alle Kinder

Um ihren Beitrag zur bestmöglichen Bildung für alle Kinder zu leisten, haben Eltern, Lehrerinnen und andere Bürger die «Förderklassen-Initiative» lanciert, die wir im Newsletter bereits vorgestellt haben. Freundlicherweise hat der Präsident des KMU- und Gewerbeverbandes Limmattal, Gregor Biffiger, der «Starken Volksschule Zürich» die Möglichkeit gegeben, in der Gewerbezeitung «Das Limmattal» vom Mai den Leitartikel zu dieser Initiative zu schreiben. Auch in seinem Editorial hat er das Anliegen unterstützt und den Unterschriftenbogen beigelegt. Die Zeitung ging an alle Haushalte im Bezirk Dietikon. Mit solchen vorbildlichen Aktionen könnten auch andere Zeitungsredaktionen zu einer Volksschule beitragen, deren Abgänger nach neun Jahren lesen, schreiben und rechnen können und rundum fit sind für eine Berufslehre oder eine weiterführende Schule.

Übrigens: Haben Sie die Förderklassen-Initiative schon unterschrieben? Sie finden den Bogen unter <https://www.schule-mit-zukunft.ch>. Die Sammelfrist dauert bis am 19. Juli, bitte rasch unterschreiben und einschicken!

Gender-Theorie: Was den Kindern an unseren Schulen zugemutet wird

Noch ein Wort zu unserem Veranstaltungshinweis. Statt den Kindern das notwendige Grundlagenwissen beizubringen, wird ein Teil der Lernzeit in der Volksschule dazu benutzt, sie mit sogenanntem «Sexualkundeunterricht» zu indoktrinieren, ohne dass die Eltern genügend über die Inhalte informiert werden. Ein Beispiel aus England können Sie in unserer Textsammlung lesen. Ein wahrer Horror! Diskutiert wird aber nur darüber, ob man die Kinder ab neun oder elf Jahren mit widerlichen Sexpraktiken und Anleitungen zur Geschlechtsumwandlung traktieren soll. Da tut es gut, dass die Ostschweizer Kinderärzte einen Vortrags- und Diskussionsabend zum auf- statt abbauenden Thema «Mädchen und Knaben – von Natur aus anders? Was sagt die Entwicklungspädiatrie und Genderforschung dazu?» an der Ostschweizer Fachhochschule in St. Gallen anbieten. Von Zürich aus ein Katzensprung.

Viel Freude beim Lesen an diesem trüben Wochenende wünscht

Marianne Wüthrich

Von der dialektischen Aufgabe der Hand

Journal 21, 25. Mai 2024, Carl Bossard

Leadership ist Denken und Handeln in Spannungsfeldern. Das geht gerne vergessen. Die Gefahr liegt im Eindeutigen. Führungshandeln aber ist vielschichtig. Auch im Schulalltag: Dazu gehören das Haltgeben und Loslassen. Ein Künstler erinnert daran.



Norbert Schwontkowski, *Der Lehrer* (2010) Bild: Jochen Littkemann/Estate | Norbert Schwontkowski

Ein Bild sage mehr als tausend Worte, heisst es. Wie wahr! Vor einem Bild stehen, stillhalten, staunen – und dabei die Gedanken schweifen lassen und sich Assoziationen hingeben. So erging es mir beim Anblick einer Darstellung des deutschen Malers Norbert Schwontkowski (1949–2013). Erst recht, nachdem ich den Titel des Gemäldes entdeckt hatte: «Der Lehrer».

Halt geben und gleichzeitig Freiheit ermöglichen

Auf den ersten Blick erscheint es eine unbeholfen wirkende Malerei: ein paar Pinselstriche, nur angedeutete Gesichter, ganz wenig Farben. Die Figuren sind kaum zu unterscheiden. Wer ist hier älter? Wer ist der Lehrer? Wer die aufrechte Person, wer die schwebende? Und dazu die Kernfrage: Wie stehen die beiden Gestalten zueinander?

Eine Antwort versucht der Kunstpädagoge Jochen Krautz in seinem Buch «Bilder von Bildung. Für eine Renaissance der Schule».¹ Er schreibt: «In der Reduktion auf wenige Pinselstriche wird [...] etwas Wesentliches der pädagogischen Beziehung und ihrer Aufgabe verdeutlicht. Der Lehrer hält und sichert den Schüler und ermöglicht ihm zugleich zu schweben, frei zu werden.»

Halt geben und gleichzeitig Freiheit ermöglichen – in einem Beziehungsgeschehen, in einer asymmetrischen Interaktion: Es ist das Gegensätzliche, das Ambivalente eines jeden Bildungsprozesses; es ist die anspruchsvolle Dialektik der Beziehungsdynamik – in Betrieben und Unternehmen wie in der Schule.

¹ Jochen Krautz: *Bilder von Bildung. Für eine Renaissance der Schule*. München: Claudius Verlag, 2022.



Vom Dialektischen in Führungsfunktionen

Schnell zoomt der Blick auf die zentrale Stelle des Bildes: die beiden Hände. Doch dieses elementare Detail ist nicht genau erkennbar. Es verweist auf die kunstvoll auszutarierende pädagogische oder eben zwischenmenschliche Beziehung. Nochmals Jochen Krautz: «So ist Lehrersein eine fragile Aufgabe zwischen Halten, Sichern und Freigeben.»²

Eine solche Dialektik gehört generell zur Führungsaufgabe; immer wieder sind Gegensätzlichkeiten auszutarieren, Widersprüche in kluge Balance zu bringen, das heisst: Freiheit zugestehen und zugleich Sicherheit vermitteln. Präsent sein, ohne sich aufzudrängen – unterstützen, ohne direktiv zu sein – verstehen, ohne immer einverstanden zu sein – lachend ernsthaft sein. Jede Ausschliesslichkeit sei inhuman, hat der Basler Philosoph und Psychiater Karl Jaspers einmal gesagt. Gute Leadership ist darum dialektisches Ausgleichen; sie lebt vom Integrieren des Gegensätzlichen, von verstehender Zuwendung bei gleichzeitiger Klarheit im Anspruch beispielsweise.

Freiheit und Ordnung zugleich

Viele solcher Gegensatzpaare kennt vor allem die Schule. Bekannt ist Immanuel Kants Frage: «Wie kultiviere ich die Freiheit bei dem Zwange?» Die beiden Begriffe widersprechen sich auf den ersten Blick – je nach Perspektive, aus der man argumentiert. Sie stehen in einem dialektischen Verhältnis zueinander, und sie bedingen sich gleichzeitig. Jede Freiheit bedarf einer gewissen Sicherheit, eines Rahmens, innerhalb dessen sie sich bewegen kann. Und jede Sicherheit schafft auch Freiheit, weil sie einen Rahmen stellt, innerhalb dessen man wieder frei sein kann. Gute Lehrerinnen und Lehrer geben den Schülern darum Sicherheiten, ohne ihnen die Freiheit zu nehmen. Und sie geben ihnen so viel Freiheit, dass sie nicht im Unsicheren mäandrieren. «Ohne Ordnung», sagt Albert Einstein, «kann nichts bestehen; ohne Freiheit aber kann nichts entstehen.»

Anders formuliert: Junge Menschen sollen zur Autonomie geführt werden, doch sie brauchen dazu auch Strukturen, die sie stützen. Das gilt vor allem für lernschwächere Kinder. Sie benötigen ein stabiles Gelände, das ihnen Halt und Sicherheit vermittelt. Es ist die vital präsente Lehrperson, es ist ein anregendes und führendes Gegenüber. «Pädagoge» entspringt ja dem griechischen *paidagein*, «Jugendliche führen». Führen, nicht nur betreuen und begleiten.

Verantwortung für sich selbst übernehmen

Daran erinnern uns viele Lern- und Denktheoretiker – auch der Berner Hochschullehrer und Didaktiker Hans Aebli, vielleicht der wichtigste Schüler des Entwicklungspsychologen Jean Piaget.³ Für Aebli verläuft die kognitive Entwicklung eines jungen Menschen von aussen nach innen und – je nach Voraussetzung – mehr oder weniger angeleitet. Lernen, Denken und Problemlösen sind für ihn zunächst sozial, also dialogisch und damit an eine Beziehung gebunden: die Hand, der zugewandte Blick.

Da ist das kleine Kind, der Jugendliche, der junge Mensch. Ihm gegenüber steht ein kompetenterer Partner, eine achtsame Lehrerin, ein aufmerksames *Visavis*. Sie gehen eine Brücke, eine Beziehung ein – als Basis des Dialogs, des (Gedanken-)Austausches, des Lehrens *und* Lernens. Genau wie es der Künstler Norbert Schwontkowski auf seinem Bild zum Ausdruck bringt.

Ganz allmählich internalisieren die Lernenden den Problemlösemodus. Er war ja zunächst sozial unterstützt. Irgendwann interagieren sie geistig mit sich selbst – wie sie es vorher mit einem kompetenteren *Visavis* getan haben. Sie übernehmen Verantwortung für ihr autonomes Lernen, Denken und Problemlösen.

² *Ebda.*, S. 95.

³ Hans Aebli: *Von Piagets Entwicklungspsychologie zur Theorie der kognitiven Sozialisation*. In: Gerhard Steiner (Hrsg.): *Die Psychologie des 20. Jahrhunderts, Band VII: Piaget und die Folgen*. Zürich: Kindler, 1978, S. 604-627.



Wir brauchen ein Gegenüber, um das Denken zu lernen

Doch diese Verantwortung kommt kaum von selbst; wir sind ja keine Kaspar-Hauser-Figuren. Es braucht am Anfang ein verantwortungsvolles Gegenüber, das (an-)leitet, das mich im gegenseitigen Austausch zu mir selber führt und damit zum Denken.

Denken ist ja ein Gespräch, ein Dialog zwischen mir und mir selbst. Das müsste ja das Kernanliegen der Schule sein: junge Menschen zum Denken führen, zu sich selbst – und zum Verstehen: im Andern, im Gegenüber zu sich selbst kommen. Das hat beispielsweise der Schriftsteller und Lehrer Peter Bichsel erlebt. Er erinnert sich: «Ich hatte in der 5. und 6. Klasse in Olten einen wunderbaren Primarlehrer: Er hat mich von mir selber überzeugt, mich zum Schriftsteller gemacht. Weil er unter dem ganzen Schlamassel von Rechtschreibbefehlern entdeckt hat, dass ich gute Aufsätze schreibe. [...] Ich habe ihn geliebt.»⁴



An der Hand nehmen und dann auch loslassen (Bild: Hansruedi Lüthi, Ennetbürgen/NW)

So verstanden ist die kognitive, kreative Entwicklung des jungen Menschen eine gemeinsame «Konstruktion» zwischen ihm und einem verantwortungsbewussten Gegenüber. Ziel ist seine Autonomie, Ziel ist die Symmetrie, aber der Weg dorthin ist nicht symmetrisch. Er ist zunächst asymmetrisch. Kinder und Jugendliche brauchen darum die Hand anderer Menschen. Eine Hand, die Halt gibt und auch loslässt.

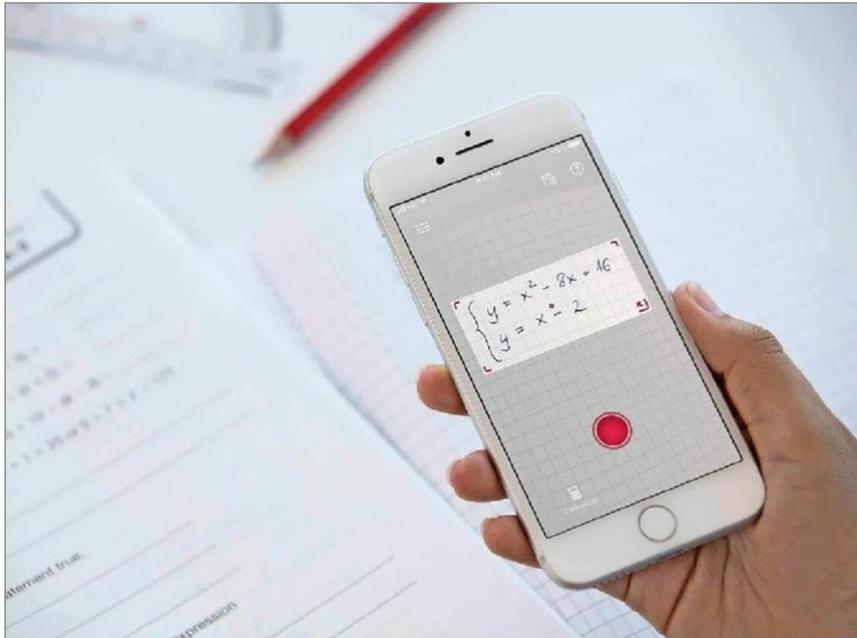
Leadership ist ein dialektischer Prozess.

⁴ In: DIE ZEIT, 24.06.2021, S. 17.

Wissen statt Angst - wie ein Gymi KI einsetzt

Tages-Anzeiger, 22. Mai 2024, Kultur, Gesellschaft & Wissen, Coralia Schick

Digitale Helfer im Unterricht • Übersetzen, Rechnen - und Schummeln? Was es braucht, damit Schülerinnen und Schüler und ihre Lehrpersonen die Revolution der künstlichen Intelligenz meistern.



Künstliche Intelligenz lässt sich auch im Schulalltag sinnvoll nutzen: die Mathemati.-App Photomath.

Für Tobias Weber, Rektor des Zürcher Realgymnasiums Rämibühl, ist der Fall klar: «Wir müssen aufhören, über künstliche Intelligenz nur als Gefahr nachzudenken und das Gefühl zu haben, KI mache die Schülerinnen und Schüler dümmer.» Vielmehr sollten sich Schulen der Herausforderung stellen, gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern zu lernen, wie die neuen Tools am besten eingesetzt würden.

«Es wird im Unterricht weiterhin Bereiche geben, in denen Schülerinnen und Schüler eigenständig arbeiten müssen - ohne die Hilfe von KI-Werkzeugen wie beispielsweise Chat-GPT», sagt Tobias Weber. Er hebt jedoch hervor, wie wichtig es sei, KI-Tools sinnvoll zu nutzen. Konkret: Schülerinnen und Schüler müssen das Prompten beherrschen, also lernen, der künstlichen Intelligenz die richtigen Anweisungen zu geben. «Der Output eines KI-Tools ist immer nur so gut wie die Fragen, die man stellt», sagt Weber.

Das Vertrauen, dass die eigene Meinung zählt

Zwar ermögliche KI den Schülerinnen und Schülern, sich gezielter und schneller Informationen zu beschaffen, sagt Gabriela Ochsner, Französischlehrerin am Realgymnasium. «Doch nach einer gewissen Euphorie über die neuen Möglichkeiten wird sich die Schule wahrscheinlich gar nicht so fundamental verändern», so Ochsner.

Die Schülerinnen und Schüler würden sich immer noch mit ihren Kameradinnen und Kameraden treffen und sich untereinander austauschen. Und die Lehrpersonen weiterhin in irgendeiner Form den Schulstoff vermitteln und das Lernen anleiten. «Jugendliche müssen das Vertrauen finden, dass ihre Meinung zählt, dass sie mit ihrer Meinung auch bestehen können gegenüber digital produzierten Informationen», sagt Rektor Tobias Weber.

Viel genutzt werden KI-Tools für das Übersetzen; die Ergebnisse sind oft hervorragend. Müssen wir dann noch mühsam Fremdsprachen erlernen?



Auf keinen Fall ist dies überflüssig, davon ist Französischlehrerin Ochsner überzeugt. Sie unterstreicht die Bedeutung des «tiefen Verständnisses der eigenen sowie fremden Sprachen». Entscheidend sei, dass man sorgfältig mit Sprache umgehe. Man sollte diese sehr gründlich und sehr genau lernen.

Ochsner erklärt, dass es beim Erlernen einer Sprache nicht nur um Kommunikation geht, sondern auch um das Verstehen und Erleben unterschiedlicher kultureller Realitäten. Als Beispiel nennt Gabriela Ochsner das deutsche Wort «Geborgenheit», für das es im Französischen keine exakte Entsprechung gebe. «Es zeigt, dass fremde Sprachen andere sprachliche Systeme haben, welche auch andere Denksysteme sind», sagt sie.

Digitale Lernhilfen sind kein Ersatz für den Unterricht

KI kann allerdings beim Erlernen einer Sprache eine grosse Hilfe sein: Apps wie Quizlet oder Anki-App ermöglichen ein personalisiertes Lernen von Vokabeln. Die Häufigkeit, mit der eine Lernkarte präsentiert wird, ist abhängig vom eigenen Antwortverhalten. Durch die Algorithmen kann das Lernen personalisiert werden, und man arbeitet individueller.

Auch im Mathematikunterricht sind die digitalen Helfer eine Ergänzung des Unterrichts. Mathematiklehrerin Christine Grotzer führt am Realgymnasium ihre Schülerinnen und Schüler früh an moderne Technologien heran. Sie zeigt der Klasse Apps wie Photomath und Wolfram Alpha, die Schritt für Schritt Lösungen liefern und so helfen, grundlegende mathematische Konzepte zu verstehen. «Es ist eine gute Hilfe, wenn man zu Hause bei einer schwierigen Aufgabe nicht weiterkommt. Man kann sie sich vorrechnen lassen, das Problem erkennen und weitermachen», erklärt Grotzer.

Trotz der Nützlichkeit solcher Anwendungen betont auch die Mathelehrerin, dass diese digitalen Lernhilfen den traditionellen Unterricht nicht ersetzen können. Schule biete weit mehr als nur die Vermittlung von Lernstoff und baue auf Interaktion. Neben den kognitiven werden dadurch auch die sozialen Fähigkeiten gefördert. Auch Rektor Tobias Weber meint: «Man lernt nicht allein, sondern im Austausch mit anderen, in Begleitung einer Lehrperson, wenn man zusammen etwas erarbeitet, Fragen diskutiert oder Ideen vergleicht.»

Vor allem auch die Rolle der Lehrerinnen und Lehrer unterliegt im digitalen Zeitalter einer grundlegenden Veränderung. Rektor Tobias Weber sagt: «Die Vorstellung, dass die Lehrperson die einzige Wissensquelle darstellt, ist bereits länger nicht mehr adäquat.» Lehrkräfte agierten immer mehr als Moderatoren in einem Bildungsprozess, der es Schülerinnen und Schülern ermögliche, Wissen eigenständig zu erschliessen - unter Zuhilfenahme aller verfügbaren digitalen Tools und Ressourcen wie Internetrecherche, KI-Tools und Datenanalyse. «Wenn es klappt, die Schüler und Schülerinnen so zu begleiten, dass sie am Schluss selbstständig neues Wissen erarbeiten können, dann ist der Auftrag der Schule geglückt», sagt Weber.

Eine unheilige Allianz, die Bildung verhindert – 7 Thesen

Condorcet Bildungsperspektiven, 23. Mai 2024, Jochen Krautz

Schon vor der Corona-Krise machte sich in den Schulen der Trend breit, dem Problem der Heterogenität der Schülerschaft durch sog. „Individualisierung“ begegnen zu wollen. Man löst die Klassengemeinschaft faktisch auf und versorgt jede Schülerin, jeden Schüler mit differenzierten Arbeitsaufträgen, die sie „selbstgesteuert“ bearbeiten sollen. Ein Irrweg, meint Professor Jochen Krautz (Uni Wuppertal) und formuliert hierzu 7 Thesen.



Die durch die Corona-Krise beschleunigte Digitalisierung scheint das nun noch einfacher zu machen: Nun kann jeder „individuell“ und „selbstgesteuert“ an seinem Gerät arbeiten, ob zuhause oder in der Schule.

Beides untergräbt aber die Aufgabe der Schule und gefährdet den verfassungsgemäßen Bildungsauftrag. Warum ist das so?

Dazu 7 knappe Thesen:

Stärkung der Lehrperson statt „Lernbegleitung“.

Heterogenität ist nichts Neues, sondern selbstverständlich. Sie wird nicht durch Auflösen der Lerngruppen und Absenken der Ansprüche gelöst, sondern durch Stärken der Klassengemeinschaft und indem man Schwächere an höhere Levels heranzuführt. Das aber braucht eine Lehrperson, die die Klasse erzieherisch und fachlich führt. Also das genaue Gegenteil des Trends zum „Lernbegleiter“ (vgl. beispielhaft und konkret Rudolph/Leinemann 2021).

„Selbststeuerung“ ist nicht Selbstständigkeit.

Wer nur Arbeitsaufträge von Lernsoftware oder Arbeitsblättern ausführt, entwickelt nicht Selbstständigkeit. Vielmehr steuert er sich nur selbst gemäß den Vorgaben von außen. Er lernt sich anzupassen, nicht aber selbstständig zu denken und zu argumentieren. Dazu braucht es ein lebendiges und interessiertes menschliches Gegenüber – also Lehrpersonen und Mitschülerinnen und -schüler. Anpassung aber widerspricht dem Bildungsauftrag der Verfassungen, der auf Mündigkeit zielt.

„Individualisierung“ ergibt nicht Individualität.

Daher bildet äußere „Individualisierung“ gerade nicht Individualität, sondern fördert Konformität. Um ein individuelles Selbst zu werden, brauchen junge Menschen sozialen Kontakt, Austausch, Widerspruch und gemeinsam zu bewältigende Herausforderungen. Doch: Die Bildung von Individualität ist pädagogisch herausfordernd, weil Lehrpersonen den Kindern und Jugendlichen als ganze Menschen gegenüber treten müssen, nicht nur als Verwalter von Lernprozessen.

Digitalisierung ist Frontalunterricht der üblen Sorte.

Gerne grenzen sich Befürworter von „digitalem“ und „selbstgesteuertem Lernen“ vom „Frontalunterricht“ ab. Tatsächlich ist digitales oder analoges „selbstgesteuertes Lernen“ Frontalunterricht in übler Reinform, wie er sonst kaum noch vorkommt. Das Arbeitsblatt und der Algorithmus antworten mir nicht, diskutieren nicht, nehmen mich nicht wahr, haben kein Sachverständnis, wissen nicht, was Bildung ist, kennen keine Didaktik und haben keine pädagogische Empathie. Sie regieren über die Köpfe der Schülerinnen und Schüler hinweg – oder besser: in sie hinein.

Digitalisierung beruht auf Lobbyarbeit.

Die angeblich „alternativlose“ Digitalisierung der Schulen hat keine pädagogischen Gründe, sondern banale ökonomische. Sie beruht auf massiver Lobbyarbeit von IT-Industrie und deren Adepten. In der Krisenlage rund um Corona haben Politik, Medien, Eltern und viele Pädagoginnen und Pädagogen die inszenierte Hysterie noch verstärkt. Doch wird Digitalisierung keine pädagogischen Probleme lösen, Unterricht wird dadurch nicht automatisch besser. Vielmehr braucht die sinnvolle Integration der Digitalisierung in die Aufgaben der Schule sehr genaues und klares pädagogisches,



Keine pädagogischen Absichten, sondern ökonomische



didaktisches und fachdidaktisches Denken (vgl. Krautz 2020).

Neoliberalismus und Reformpädagogik feiern Hochzeit.

Warum aber ist das dann alles so beliebt und scheint so modern? Hier verbinden sich zwei ältere Diskurslinien:

Reformpädagogischem Denken entstammt die Meinung oder auch nur das unbewusste Gefühl, dass die Kinder sich doch lieber „frei entfalten“ sollen. Lehren sei irgendwie freiheitswidrig, die Gehalte und Anforderungen unserer Kultur würden die kindliche „Natürlichkeit“ negativ beeinflussen. Neoliberalen Denken entstammt die Idee, Lernende seien „Unternehmer ihrer selbst“ und würden in den „Lernlandschaften“, die aussehen wie Großraumbüros die „Skills“ und „Kompetenzen“ erwerben, die sie als flexible und anpassungsfähige Arbeitskräfte bräuchten.

Beides ist sachlich falsch und antipädagogisch gedacht. Beides lässt die Heranwachsenden faktisch im Stich: Einmal werden sie sich selbst überlassen, einmal den Anpassungsimperativen der neoliberalen Ökonomie (vgl. Krautz 2017).

Pädagogische Verantwortung ernst nehmen.

Was ist der Ausblick? Pädagogische Verantwortung wahrzunehmen und wieder zu lehren, zu lernen, zu erziehen und zu bilden. Das ist anstrengend, gewiss. Aber wenn wir uns diesen Fragen wieder mit gemeinsamer Kraft zuwenden würden, statt mit haltlosen Konzepten an Kindern und Jugendlichen zu experimentieren, könnten wir diesen und uns selbst das absehbare und bittere Scheitern ersparen.

Uni-Professoren an die Schulen

Condorcet Bildungsperspektiven, 23. Mai 2024, Klaus Zierer

Wer an der Hochschule Pädagogik lehrt, sammelt immer seltener Erfahrung in der Praxis. Dahinter stecke ein Systemfehler, meint Klaus Zierer, Professor an der Universität Augsburg.

Die Lehrerbildung ist ein Thema. Zu Recht. Denn sie entscheidet darüber, ob es dem Bildungssystem gelingen wird, derzeitige pädagogische Herausforderungen wie Inklusion, Digitalisierung oder Lernrückstände zu meistern. Es gibt zahlreiche Ideen, wie die Lehrerbildung verbessert werden könnte. Im Vordergrund stehen hier Bemühungen, mehr Schulpraxis ins Studium zu bringen. Dabei wird verkannt, dass man seit Jahren damit beschäftigt war, ebendiese Praxis aus den Hochschulen zu verbannen.

Wie das? Lange Zeit war es eine Bedingung, dass Hochschullehrende der Pädagogik oder Didaktik eine mindestens fünfjährige Schulerfahrung vorzuweisen hatten. Diese Einstellungsvoraussetzung für Professorinnen und Professoren ist in den meisten Bundesländern weggefallen. Wer Schulerfahrung vorweisen kann, zählt heute zu den Dinosauriern seiner Fakultät.

Mit dieser Veränderung kam es auch zu einer Transformation der Fächer selbst. Die Schulpädagogik, die einst das Kernfach im Lehramtsstudium war, hat heute an Bedeutung verloren. An ihre Stelle getreten sind Erziehungswissenschaft oder Bildungsforschung. Das ist allerdings keine bloße Namensänderung. Vielmehr verbirgt sich dahinter das Vordrängen empirischer Methoden und – damit verbunden – der Niedergang einer geisteswissenschaftlichen Pädagogik. Zwar brauchen Lehrpersonen heute zweifelsfrei Wissen über empirische Messinstrumente des Lernens, zum Beispiel um Erhebungen wie Pisa zu verstehen. Ohne einen geisteswissenschaftlichen Hintergrund aber bleiben viele Erkenntnisse an der Oberfläche, da sich in der Schule eben nicht alles messen lässt.

Auch für die Karriere von angehenden Professorinnen und Professoren hat diese Veränderung Konsequenzen: Wer Schulerfahrung mitbringen möchte, muss neben dem Unterricht promovieren und



habilitieren – und tritt danach in Konkurrenz zu all denen, die sich ganz auf die Wissenschaft konzentrieren konnten und folglich ein Vielfaches mehr publiziert haben. Und da Publikationen heute zentral in Bewerbungsverfahren sind, haben es Schulpraktiker sehr schwer, eine Professur zu bekommen. Die Folge: Die neuen Generationen derer, die Lehrer ausbilden, sind vielleicht bessere Forscher als früher, haben aber weniger Ahnung von der Realität an den Schulen.

Das sei nicht schlimm, lautet die Verteidigung dieser Entwicklung. Schulerfahrung allein führe nicht zu einer besseren Lehre und werde überbewertet. Ein Gynäkologe, solche Beispiele werden dann angeführt, müsse, ja könne selbst keine Kinder bekommen.

Doch solche Analogien taugen wenig. Denn was ist das Besondere an Erfahrungen? Nicht das entsprechende Wissen, das vielfach in Büchern nachzulesen ist. Vielmehr sind es sinnstiftende Emotionen, die diese Erfahrungen wertvoll machen. Aus psychologischen Forschungen wissen wir, welchen Einfluss die Gefühlswelt auf Lernprozesse hat. Für Schulerfahrung gilt Entsprechendes: Wer selbst vor einer Klasse gestanden hat, weiß, was es bedeutet, sechs Stunden am Tag zu unterrichten, Freud und Leid in der Klasse zu erleben, Nähe und Distanz zu spüren. Nur so entsteht Glaubwürdigkeit, die bei den Einflussfaktoren der Lehrerprofessionalität ganz oben und weit vor der Fachkompetenz steht. Wer je eine Klasse geleitet hat, weiß nicht nur mehr, sondern kann auch überzeugender darüber berichten und Forschung mit Leben füllen. Genau das hilft bei der Ausbildung künftiger Lehrerinnen und Lehrer.

Wollen wir die Lehrerbildung reformieren, sollten wir deshalb die Schulerfahrung wieder verbindlich machen. Es ist paradox, wenn Hochschullehrende auf Lebenszeitstellen sitzen und angehende Lehrpersonen unterrichten, ohne eine Vorstellung davon zu haben, was all ihr Wissen in der Praxis wirklich bedeutet.

Dazu noch ein konkreter Vorschlag: ein verbindliches Praxissemester. Ähnlich dem Forschungssemester, das alle vier Jahre genommen werden kann, müssen Hochschullehrende regelmäßig ihre Schulerfahrung auffrischen. So erfahren sie, welcher Wind an Schulen heute weht.

Klaus Zierer ist Erziehungswissenschaftler und Ordinarius für Schulpädagogik an der Universität Augsburg. Der Artikel ist zuerst in der ZEIT erschienen.

Ist mehr Wettbewerb im Bildungswesen nötig?

NZZ, 21. Mai 2024, PRO Global, Peter A. Fischer

Wissen und Kreativität sind zentral für den Wohlstand von Nationen, doch in vielen Staaten Europas nimmt die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens ab. Bildungsgutscheine und mehr Konkurrenz durch Privatschulen könnten helfen. Von Peter A. Fischer

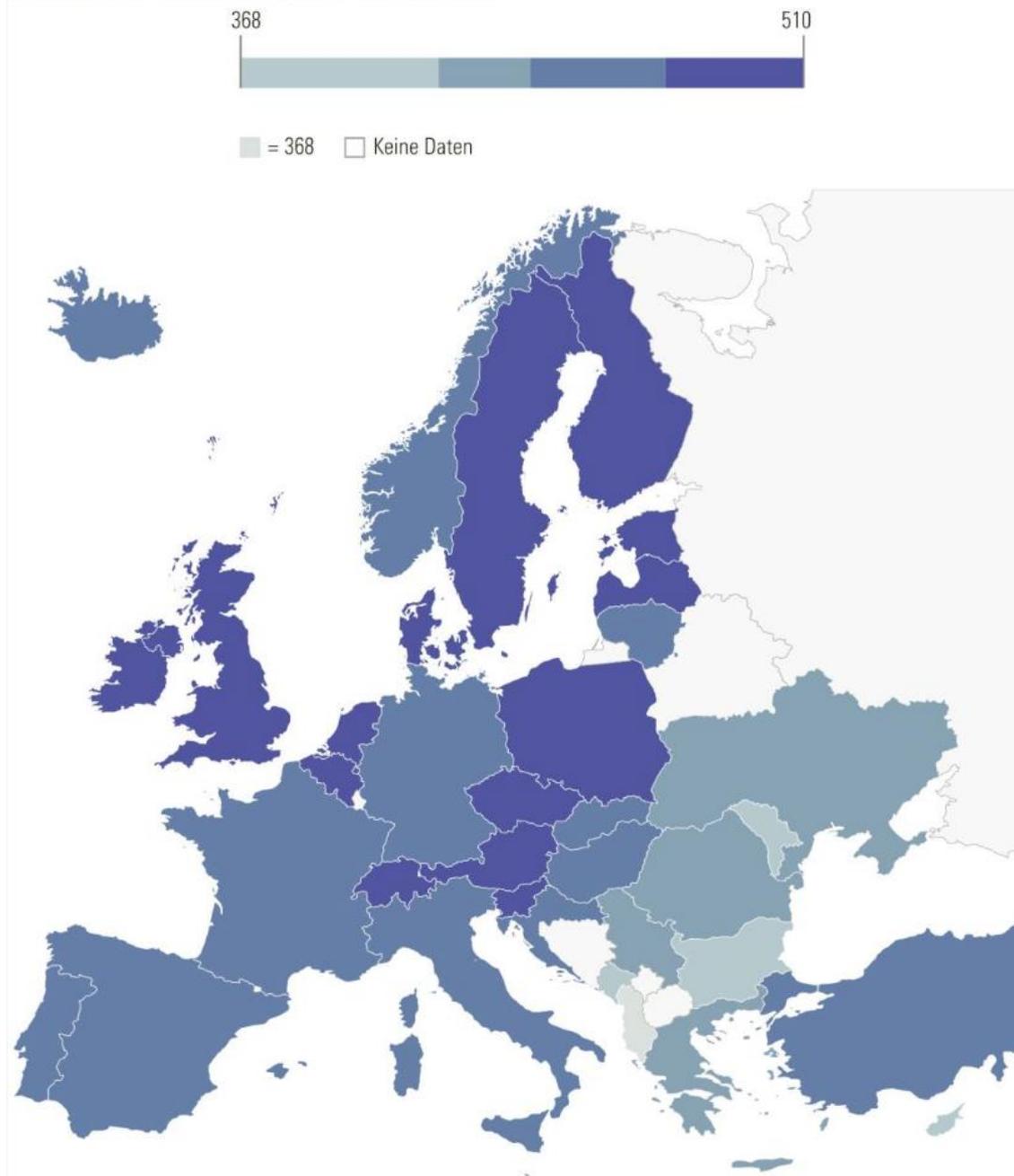
Diese Analyse ist auf «NZZ PRO Global» erschienen, unserem digitalen Blick voraus auf Weltwirtschaft und Geopolitik. Jeweils Anfang Woche drucken wir hier einen Kommentar des NZZ-Chefökonomen Peter A. Fischer oder eine Analyse des Aussenpolitik-Experten Ulrich Speck ab. Mehr Analysen finden Sie auf nzz.ch/pro-global. Abonnieren Sie den täglichen «PRO Global»-Newsletter unter abo.nzz.ch/newsletter.

Die Qualität von Bildung und Wissen spielt eine zentrale Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit von Nationen. Doch in Europa steht es damit nicht zum Besten, wie die Ergebnisse der neusten Pisa-Tests zeigen. Die Fähigkeiten von Europas Fünfzehnjährigen haben im deutschsprachigen Raum nachgelassen. Wie ist das zu interpretieren, was ist los mit dem Bildungswesen? Es war der Nobelpreisträger Gary Becker, der darauf hinwies, dass diese Fähigkeiten, das Humankapital des Einzelnen, als Resultat rationaler Investitionsentscheidungen verstanden werden können. Kinder und Jugendliche beziehungsweise deren Eltern investieren in Bildung, Gesellschaften ins Bildungswesen – um später mehr zu verdienen beziehungsweise produktiver zu werden.



In Europa gibt es ein Nord-Süd-Ost-Gefälle

Durchschnittliche Mathematikfähigkeiten im Pisa-Test 2022



Kartengrundlage: © Natural Earth

Daten und Methodik

- 368 (nur ein Datenpunkt)
- 368–418
- 418–441
- 441–475
- 475–510

Die unterschiedlich grossen Gruppen kommen durch ein statistisches Verfahren zustande, welches die Werte so in Gruppen einteilt, dass die Unterschiede zwischen den Regionen möglichst gut sichtbar werden (Jenks Natural Breaks).

Nimmt man die Ergebnisse der letzten Pisa-Tests zum Massstab, so zeigt sich auf den ersten Blick, dass die in den Pisa-Studien erfassten durchschnittlichen mathematischen Fähigkeiten von Fünfzehnjährigen in einem engen Verhältnis zum Wohlstand eines Landes stehen. Staaten, in denen die Schülerinnen und Schüler eine bessere Grundausbildung haben, sind auch reicher.



Geld ist viel, aber nicht alles

Nicht per se klar ist allerdings die Kausalität. Reichere Länder sind nicht nur wohlhabend, weil sie auf Erwerbstätige zählen können, die als Schüler eine gute Ausbildung genossen haben, sie können auch mehr ausgeben für ihr Bildungswesen. Mehr Geld sollte sich in einer höheren Qualität niederschlagen. Allerdings ist Geld nicht alles. Betrachtet man Europa näher, so zeigen sich ausgeprägte Unterschiede zwischen den nordischen, angelsächsischen und Benelux-Ländern einerseits und den südlichen und östlichen Staaten andererseits. Doch obwohl etwa Polen und Tschechen ärmer sind als die Deutschen, schneidet deren Bildungswesen besser ab als das deutsche. Letztgenanntes produziert genauso wie das französische ziemlich durchschnittliche europäische Qualität, die damit allerdings das US-amerikanische Bildungswesen knapp schlägt. Alles halb so schlimm also mit den gegenwärtigen Sorgen um Europas Wettbewerbsfähigkeit? Das wäre voreilig.

Erstens wirkt sich die Bildungsqualität verzögert aus. Zweitens spiegeln die hier verwandten Pisa-Ergebnisse nur die durchschnittlichen mathematischen Fähigkeiten von Fünfzehnjährigen. Die USA etwa haben ein gemessen an ihrem Wohlstand im Durchschnitt nur sehr mittelmässiges Bildungswesen, doch gelingt es ihnen, Exzellenz an der Spitze zu sichern, wie die Spitzenuniversitäten zeigen. In den USA besucht jeder zehnte Schüler eine private Bildungsinstitution, doch unter den Abgängern der Spitzenuniversitäten haben vier von zehn eine private Schule besucht. Drittens zeigt sich bei diesen Tests in den vergangenen 15 Jahren eine beunruhigende Tendenz: Die Fähigkeiten der Jugendlichen nehmen ab.

Der ausgeprägte Rückschlag der Deutschen im Test von 2022 mag mit den rigorosen Pandemie-Massnahmen und mit durch die sozialen Netzwerke veränderten Lern- und Aufmerksamkeitsmustern der Schüler zusammenhängen und auch sonst verschiedene Ursachen haben. Doch die Vermutung liegt nahe, dass es in den Schulen an Leistungsdruck fehlt, Exzellenz zu produzieren, sonst hätten viele Schulen und ihre Lehrer sich während der Pandemie in Deutschland auch um den Lernerfolg der Schüler gesorgt.

Ökonomisch gesehen hängt ein Leistungsabfall jedenfalls meistens mit mangelndem Wettbewerb zusammen. Der Ökonomie-Nobelpreisträger Milton Friedman diagnostizierte bereits 1955 in seinem Essay «The Role of Government in Education» einen besorgniserregenden Trend zu einer immer grösseren politischen Einflussnahme im Bildungswesen. Dabei kannte er die inzwischen in Europa verbreitete wirtschaftskritische Sozialisierung und Politisierung von Bildungsinstitutionen noch gar nicht.

Friedman plädierte für freie Schulwahl und freien Wettbewerb zwischen staatlichen und privaten Anbietern. Um gleiche Bildungschancen für alle zu gewähren, schlug der Ökonom ein Voucher-System vor, bei dem die Eltern bereits die Grundschule ihres Kindes frei wählen können und diese mit staatlichen Bildungsgutscheinen (Voucher) bezahlen. Interessant ist in dem Zusammenhang die Rolle der frühkindlichen Kindertagesstätten, die in den vergangenen beiden Jahrzehnten im deutschsprachigen Raum an Bedeutung gewonnen haben. Hier herrscht vor allem in Deutschland, aber auch in Österreich ein reger Wettbewerb zwischen staatlichen und privaten Anbietern.

Die privaten Anbieter sind erfahrungsgemäss flexibler darin, auf spezifische Wünsche der Eltern einzugehen. Doch mit dem Eintritt in die Grundschule verlassen die privaten Anbieter in allen drei Ländern grösstenteils die Bühne und werden durch staatliche Schulen ersetzt. Echter Wettbewerb findet so kaum mehr statt. In ganz Europa sind beim Angebot von Primarschulbildung private Schulen fast überall eine Randerscheinung. Ausnahmen bilden Belgien (53,9 Prozent), Grossbritannien (35,4) und Spanien (32,2), wo der Staat unterschiedliche Schulen lizenziert und finanziert.

Fehlende Zusammenhänge

Schweden beherzigte 1992 den Rat von Milton Friedman und führte ein Schulsystem mit Bildungsgutscheinen ein, bei dem die Finanzierung dem Schüler folgt und Eltern die Schule frei wählen können. Damit wurde der Markteintritt von lizenzierten privaten Anbietern explizit gefördert. In Schweden leisten diese laut der Organisation für ökonomische Zusammenarbeit und Entwicklung



(OECD) nun 12,5 Prozent der Primarschulbildung. In Deutschland (5,3), Österreich (6,3) und der Schweiz (6,5 Prozent) wird der Wettbewerb durch private Grundschulanbieter hingegen kaum gefördert und spielt eine sehr geringe Rolle. Das führt zur naheliegenden Hypothese, dass die Qualität des Bildungswesens in Ländern, die mehr Wettbewerb durch private Schulen kennen, höher sein sollte als in stark staatlich geprägten Systemen ohne freie Schulwahl. Umso irritierender wirkt, dass die Korrelation zwischen den Ergebnissen im Pisa-Test und dem Anteil privater Schulen schwache 0,20 beträgt. Erweitert man das Sample um alle OECD-Länder (inklusive der USA, Japans, Australiens, Neuseelands sowie ärmerer Staaten wie Chile, Kolumbien und Costa Rica), fällt der Zusammenhang gar mit einer Korrelation von $-0,27$ gänzlich in sich zusammen. Offenbar spielen andere Faktoren als der Anteil der Privatschulen eine wichtigere Rolle.

Was könnte dahinterstecken? Erklärungsansätze für das Paradoxon:

- **Hauptsache, es gibt viel Geld pro Schüler, der Rest ist weniger wichtig.** Genügend finanzielle Mittel sind sicher hilfreich, aber Geld ist nicht alles. Deutschland ist reicher als Polen und Tschechien, aber am Ende seiner Grundschule sind die mathematischen Fähigkeiten seiner Schüler geringer.
- **Private Schulen fördern bloss die Exzellenz der Besten, was zu mehr Segregation führt.** Auch die Korrelation zwischen dem Abschneiden der besten 10 Prozent und dem Anteil an Privatschulen ist in Europa mit 0,22 sehr gering. Schwedens Grundschule, die ein Voucher-System kennt und Privatschulen gefördert hat, produziert im Mittel genauso wie bei den Besten nur leicht überdurchschnittliche Qualität, Polen, wo nur 7 Prozent eine private Schule besuchen, schneidet leicht besser ab. Auch die 10 Prozent der Besten in den USA meistern den Pisa-Test international gesehen durchschnittlich. Und im stark auf Privatschulen setzenden Grossbritannien können sie zwar etwas bessere Leistungen in Mathematik erbringen, aber immer noch weniger gute als die überwiegend einheitlich staatlich ausgebildeten Schweizer.
- **Die schiere Existenz von privaten Schulen zwingt die staatlichen zu Qualität.** Allerdings sind in der Schweiz die Pisa-Ergebnisse überdurchschnittlich gut, obwohl das Land kein Voucher-System und keine freie Schulwahl kennt.
- **Wettbewerb findet zwischen staatlichen Schulen statt.** Das wäre zu wünschen, aber in der Schweiz wird die Schule zugeteilt. Schulwahl ist nur über einen Umzug möglich.
- **Private Schulen werden in Europa so stark reguliert, dass sie sich nicht mehr wesentlich von staatlichen unterscheiden können.** Dafür spricht vieles. Private Schulen sind oft privat, weil sie nebst dem generellen Curriculum zusätzlich eigene Anliegen fördern (Kreativität, Religion usw.).
- **Entscheidungen für private Schulen berücksichtigen den gesellschaftlichen Nutzen zu wenig.** Argumentiert wird oft, dass Eltern bei freier Schulwahl für ihre Kinder die gesellschaftlich erwünschten Fähigkeiten wie Konsens- und Demokratiefähigkeit oder Staatskunde zu wenig berücksichtigen. Dazu brauche es staatliche Schulen, welche die erwünschten positiven gesellschaftlichen Externalitäten sicherstellen. Dem ist allerdings entgegenzuhalten, dass der Staat auch von privaten Bildungsinstitutionen verlangen kann, solchen Anforderungen des gesellschaftlich Erwünschten zu genügen.
- **Mathematische Fähigkeiten sind das falsche Qualitätsmerkmal.** Es geht darum, kritisch denken zu lernen und staatlicher Ideologisierung und Propaganda vorzubeugen.

Der genaue Zusammenhang zwischen dem Angebot an privaten Schulen und der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens ist komplex. Zu klären, ob Staaten, in denen private Anbieter eine grössere Rolle spielen, systematisch besser abschneiden, wenn man alle anderen Faktoren berücksichtigt, muss vertieften Analysen vorbehalten bleiben.



Doch das letzte Argument ist wohl das wichtigste: Die Existenz alternativer Schulen und der möglichst freie Zugang dazu verhindert russisch-chinesische Zustände. Autoritäre Politik verwandelt Schulen von einem Ort der Wissensvermittlung und der kritischen Auseinandersetzung in einen Ort der Propaganda und Indoktrination.

Darüber hinaus bleibt die Erkenntnis, dass ein hohes Mass an schulischer Leistung und Aufklärung sowie marktwirtschaftlicher Orientierung die beste Grundlage ist, um den wirtschaftlichen Wettbewerb mit den USA und anderen Ländern nicht zu verlieren. Weil ein reger Wettbewerb das geeignetste Mittel ist, um Leistung und Kreativität zu fördern, wären die europäischen Länder – nicht zuletzt die Schweiz und Deutschland – gut beraten, den Wettbewerb zwischen privaten und öffentlichen Schulen sowie zwischen den öffentlichen Schulen untereinander zu fördern und transparenter zu machen. Zugleich sollten sie ihn nicht mit übermässiger Regulierung gleich wieder ersticken. Milton Friedmans Vorschlag hat nichts von seiner Bedeutung verloren, er sollte freier und mutiger in die Tat umgesetzt werden.

Die integrative Schulung ist gescheitert... was nun?

Das Limmattal Nr. 5, 14. Mai 2024, Gregor Biffiger

Liebe Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks Dietikon

Im Jahr 1985 weilte ich als Student einige Monate in England, um das «Certificate of Proficiency in English» der Universität Cambridge zu erlangen. England befand sich damals in einer tiefen wirtschaftlichen Depression. Die englische Gesellschaft war eine ausgeprägte Zweiklassengesellschaft. Vermögende Eltern schickten ihre Sprösslinge in Privatschulen und Eliteunis. Die restlichen Familien mussten mit zweitklassigen öffentlichen Schulen vorliebnehmen. Wer in Public Schools unterrichtet wurde, hatte im Leben dann deutlich schlechtere Chancen.

Als ich in die Schweiz zurückkam, war mir eines klar: Unser Schulsystem war um Welten besser, und wer damals öffentliche Schulen in der Schweiz besuchte, hatte keinen Wettbewerbsnachteil.

Fataler Abstieg der Schweizer Volksschule

Als dann anfangs der 2000-er Jahre in der Schweiz die ersten grösseren Feldversuche in Sachen integrativer Schulung durchgeführt wurden - ich war damals gerade ins Aargauer Kantonsparlament gewählt worden – war mir sehr schnell klar, dass die integrative Schule – von den meisten Promotoren zwar gut gemeint - in praxi kläglich scheitern und zu einem massiven Qualitätsverlust der Volksschule führen würde. In der Zwischenzeit sind je nach Kanton 2-3 Schülergenerationen integriert geschult worden. Den damit verbundenen Qualitätsverlust belegen die PISA-Studien der letzten Jahre ungeschönt. Mittlerweile findet deshalb in Gesellschaft und Fachwelt wieder ein grosses Umdenken statt.

Ja zur Förderklasseninitiative

Die kürzlich lancierte, politisch breit abgestützte Förderklasseninitiative will die Mängel der integrativen Schulung beheben. Nähere Informationen dazu liefert der Fachbeitrag von Marianne Wüthrich auf den Seiten 1 und 4 dieser Ausgabe. Auf Seite 4 finden Sie auch den zugehörigen Unterschriftenbogen, den Sie ausschneiden, ausfüllen und baldmöglichst an das Initiativkomitee retournieren können. Ich bitte Sie namens des Zürcher Gewerbes und unseren Kindern oder Enkeln zuliebe um Ihre Unterschrift.

Ihr KMU- und Gewerbeverband Limmattal Gregor Biffiger, Präsident



Förderklassen-Initiative: Die bestmögliche Bildung für jedes Kind!

Das Limmattal, 14. Mai 2024, Marianne Wüthrich

Die integrative Schule wurde im Rahmen der Schulreformen eingeführt, damit auch Kinder mit speziellem Förderbedarf beim Lernen, mit Verhaltensauffälligkeiten oder kognitiven Behinderungen gemeinsam mit allen Gleichaltrigen in derselben Klasse, der «Regelklasse», zur Schule gehen können. Heute zeigt sich immer mehr: Das integrative Schulsystem ist am Anschlag. Rund ein Fünftel unserer Jugendlichen verlassen die Volksschule ohne die schulischen Grundlagen und oft auch ohne die sozialen Fähigkeiten, die es für eine Berufslehre braucht.

Es ist Aufgabe der Volksschule, jedem Kind eine adäquate Lernsituation zu bieten. Weil dies für Kinder mit besonderem Förderbedarf in der Regelklasse oft nicht möglich ist, fordern immer mehr Fachleute quer durch die Schweiz die Errichtung von heilpädagogisch geführten Klein- oder Förderklassen. Damit wäre auch in den Regelklassen ein geordneter Unterricht möglich, was allen Schülern und Lehrkräften zugute käme.

Im Kanton Zürich hat ein Komitee von Lehrern und Bildungspolitikerinnen die Förderklassen-Initiative lanciert. An einem kontradiktorischen Podiumsgespräch des Vereins «Starke Volksschule Zürich» am 11. April im Glockenhof stellte Bildungspolitikerin und Schulleiterin Yasmine Bourgeois (FDP), Co-Präsidentin des Initiativkomitees, die Initiative vor. Kinder mit Lernschwierigkeiten oder kognitiven Behinderungen würden in den Regelklassen nicht ausreichend gefördert, und auch andere Mitschüler litten unter der Situation. Die Initiative verlange für alle Kinder und Jugendlichen, die kleinere Lerngruppen benötigen, einen vorübergehenden Platz in einer Förderklasse. Diese sollte von einer Heilpädagogin geführt werden und die Durchlässigkeit zur Regelklasse muss gewährleistet sein.

Klärung einiger Irrtümer

Im Podiumsgespräch und der anschliessenden Diskussion mit den Teilnehmern kamen einige wichtige Themen zur Sprache.

Werden Kinder in Förderklassen abgeschoben und ausgeschlossen?

Dazu ein Heilpädagoge: In seinen Kleinklassen habe sich kein Kind ausgeschlossen gefühlt, weil es sich erfasst gefühlt habe und gern zur Klassengemeinschaft dazugehören und lernen wollte. Eine andere Heilpädagogin: Gerade in der Regelklasse fühlten sich Kinder im Vergleich mit den anderen ausgeschlossen und stigmatisiert. Das könne man nicht wegdiskutieren, wenn ein Kind in der 3. Regelklasse Erstklass-Stoff lernen muss.

Ist die Einführung von Förderklassen rechtswidrig?

Weder im Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes von 2002 noch im kantonalen Volksschulgesetz von 2005 oder dem Sonderschulkonzept von 2011 wird die ausschliessliche Integration/Inklusion aller Kinder vorgeschrieben. Immer wird miteinbezogen, dass für die optimale Bildung des einzelnen Kindes ein separatives Bildungsangebot erforderlich sein kann. Dies ist auch der Sinn und Geist der Unesco-Erklärung von Salamanca von 1994 und des Übereinkommens der Uno über die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2006 (von der Schweiz 2014 ratifiziert).

Haben Jugendliche aus Förderklassen überhaupt eine Chance eine Lehrstelle zu finden?

Aus meiner eigenen Erfahrung als Berufsschullehrerin kann ich die Aussagen in der Podiumsdiskussion bestätigen: Jugendliche aus der Sek C oder der Sonderschule finden häufig dank der intensiven Hilfe ihrer Lehrer eine Stelle und tun dann während der Lehre «den Knopf auf». Vor allem dann, wenn der Lehrmeister und wir Berufsschullehrerinnen ihnen zutrauen, dass sie ihren Weg machen werden.



Sind Förderklassen teurer?

Die Initianten sind der Ansicht, die Neuordnung sei ressourcenneutral möglich. Denn heute führen die vielen Sondersettings und Zusatzkräfte in den Regelklassen zu grossen Kostensteigerungen. Die Gegner weisen auf den Zusatzbedarf an Personal und Räumen für Förderklassen hin. Andererseits könnten Förder-Lehrkräfte aus den Regelklassen abgezogen und Gruppenräume umgenutzt werden. Die Frage kann heute nicht völlig geklärt werden, aber die meisten Kosten könnten umverteilt werden.

* *Marianne Wüthrich ist Juristin und Pädagogin. Sie unterrichtete über 30 Jahre an Zürcher Berufsschulen und engagiert sich heute im Verein «Starke Volksschule Zürich».*

Die Aufgabe der Volksschule ins Zentrum stellen

«Die Schule soll den Kindern einiges beibringen: Grundkenntnisse in den Fächern neben sozialen Fähigkeiten. In den integrierten Regelklassen lernen keine Kinder genug, weder leistungsschwache noch leistungsstarke. Auch in den Regelklassen braucht es 1 bis 2 Lehrer, die kontinuierlich unterrichten. Heute dagegen haben Primarklassen 7, 8, 9 Lehrerinnen, und ständig wird individualisiert statt unterrichtet. So ist kein Unterricht möglich.» (langjähriger Basler Kleinklassenlehrer und Heilpädagoge Roland Stark, SP)

Gender-Theorie aus den Schulen verbannt

NZZ, 17. Mai 2024, International, Niklaus Nuspliger, London

Sexualkundeunterricht in England wird neu reguliert

Ab welchem Alter sollen britische Kinder in der Schule aufgeklärt werden? Und welche Inhalte sollen die Lehrerinnen und Lehrer ihnen im Sexualkundeunterricht vermitteln? Um diese Fragen tobt in Grossbritannien ein Kulturkampf, spätestens seit sie die konservative Unterhausabgeordnete Miriam Cates im letzten Frühling im Parlament zum grossen politischen Reizthema erhob. Die Kinder erhielten plastische Lektionen über Oralsex, zum gefahrlosen Würgen von Sexualpartnern und über die angebliche Existenz von 72 Geschlechtern, erklärte die evangelikale Christin Cates. Der Sexualkundeunterricht sei nicht altersgemäss und extrem, weshalb er dringend reguliert werden müsse.

Aufklärung ab neun Jahren

Am Donnerstag nun hat die Regierung neue Vorschriften in die Konsultation geschickt, um den Unterricht strenger zu regulieren. Kinder sollen künftig erst ab dem Alter von neun Jahren mit der Sexualkunde in Kontakt kommen. Für Kinder ab elf Jahren neu ins Programm aufgenommen werden Suizidprävention sowie Aufklärung über sexuelle Belästigung und Gewalt. Zudem erhalten die Lehrpersonen Anweisungen zum Umgang mit frauenfeindlichen Influencern.

Für Kontroversen sorgt nicht zuletzt der Umgang mit der Thematik rund um sexuelle Minderheiten und Transsexualität. Grossbritannien hat jüngst beim Umgang mit Transkindern einen restriktiveren Kurs eingeschlagen. So gibt der Nationale Gesundheitsdienst Pubertätsblocker nur noch im Rahmen einer medizinischen Studie ab.

Laut Keegan sollen die Sekundarschüler ab elf Jahren mit Inhalten rund um Homosexualität und Geschlechtsumwandlung in Kontakt kommen, nicht aber mit Inhalten zum Konzept der Gender-Identität. Gemäss den neuen Vorschriften sollen Lehrpersonen Vorsicht walten lassen und Lehrmittel vermeiden, die «umstrittene Ansichten wie die Existenz eines Gender-Spektrums als Fakten darstellen».



Pädagogen sind skeptisch

Für Gesprächsstoff sorgt auch die neue Vorschrift, keine Schüler unter elf Jahren über Pornografie und den Umgang damit aufzuklären. Dass Kinder keine pornografischen Inhalte zu Gesicht bekommen sollten, ist unbestritten. Allerdings ergab jüngst eine Studie der englischen Kommissarin für Kinderfragen, dass über ein Viertel aller Kinder bereits vor dem Alter von elf Jahren mit Internet-Pornografie in Kontakt kommen.

Lucy Emmerson, Vorsteherin des Sex Education Forum, erklärte daher, die Restriktionen könnten eine kontraproduktive Wirkung entfalten. Wenn gewisse Themen wie Pornografie, Gewalt oder Geschlechtskrankheiten in der Schule gar nicht oder zu spät angesprochen würden, würden die Kinder im Internet nach Antworten suchen, sagte sie gegenüber der BBC. Dies könne sie je nach Quelle zusätzlich verstören und beängstigen. Auch Paul Whiteman von der Gewerkschaft der Schulleiter äusserte sich skeptisch. Viele Kinder kämen auch ausserhalb der Schule mit Themen rund um Sexualität in Kontakt. «Darum ist es schwer zu verstehen, warum rigide Alterslimiten in der Schule im Interesse der Kinder sein sollen.»

Die Tory-Abgeordnete Cates begrüsst die Richtlinien der Regierung, die der vorzeitigen Sexualisierung im Klassenzimmer Einhalt gebieten würden. Doch räumte sie ein, dass diese Massnahme allein nicht ausreicht. «Wir müssen verhindern, dass Kinder die entsetzliche Welt der Online-Pornografie betreten», erklärte sie am Donnerstag. Darum müsse der britische Staat Kindern unter sechzehn Jahren den Gebrauch von Smartphones und den Zugang zu Social-Media-Plattformen generell verbieten.

Veranstungshinweis

Mädchen und Knaben – von Natur aus anders? Was sagt die Entwicklungspädiatrie und Genderforschung dazu?

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 12. Juni 2024

Referenten

Prof. Dr. med. Oskar Jenni
(Entwicklungspädiatrie, Universitäts-Kinderspital Zürich)

Anika Butters, lic. phil.
(Marie-Meierhofer-Institut Zürich)

Ort und Datum

Mittwoch, 12. Juni 2024, 18.30 – 20.30

OST – Ostschweizer Fachhochschule

Rosenbergstrasse 59 (beim Bahnhof)

9000 St. Gallen

Grosser Plenarsaal, Parterre

[Mehr...](#)

